

Röhl, Klaus-Heiner

Article

25 Jahre nach dem Mauerfall: Bilanz und Herausforderungen

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Röhl, Klaus-Heiner (2014) : 25 Jahre nach dem Mauerfall: Bilanz und Herausforderungen, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 41, Iss. 3, pp. 73-90, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.14-03-03>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157109>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

25 Jahre nach dem Mauerfall – Bilanz und Herausforderungen

Klaus-Heiner Röhl, September 2014

Der Aufbau Ost scheint weitgehend abgeschlossen. Der IW-Einheitsindex, der sieben Indikatoren zur Ost-West-Angleichung umfasst, dokumentiert anhaltende, aber langsame Fortschritte. Die Infrastruktur der neuen Bundesländer ist gut ausgebaut, die Arbeitslosenquote ist im einstelligen Bereich angelangt und sinkt weiter. Die Wirtschaftsstruktur hat sich weiter an den westdeutschen Stand angenähert. Die Industrie trägt inzwischen über 17 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Aber die Produktivität des eingesetzten Kapitals und der Arbeitskräfte bleibt hartnäckig hinter dem westdeutschen Wert zurück, obwohl die Investitionsbeihilfen die Wirtschaftsleistung befördert haben. Die Wirtschaftsleistung je Einwohner bleibt unter 70 Prozent des westdeutschen Niveaus und die Konvergenz stockt. Es fehlen Großunternehmen, Firmenzentralen und wirtschaftsstarke Ballungsräume.

Stichwörter: Aufbau Ostdeutschland, Konvergenz, Regionalentwicklung

JEL-Klassifikation: E69, O11, P35, R11, R58

Bestandsaufnahme zum Aufbau Ost

In drei Jahren ist der Fall der Mauer bereits genauso lange her, wie die Sperranlage überhaupt gestanden hat. Doch die Folgen der jahrzehntelangen Abschottung und des planwirtschaftlichen Systems sind bisher ökonomisch noch nicht überwunden. Bevor der Konvergenzprozess anhand der Wachstumsfaktoren genauer analysiert wird, erfolgt ein kurzer Blick auf einige wichtige Kenngrößen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität lag in Ostdeutschland im Jahr 2013 gemessen anhand des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner bei lediglich 67 Prozent des westdeutschen Werts (Tabelle). Diese und die folgenden Angaben basieren insgesamt auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gemäß ESVG 1995, die aktuelle VGR-Revision wurde nicht berücksichtigt, weil noch keine Bundesländerdaten vorliegen. In den vergangenen 25 Jahren ist die Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Ost-Berlins) von einem Viertel des westdeutschen Niveaus auf ein Fünftel gesunken. Während in den 1990er Jahren große Fortschritte erzielt wurden, zeigen sich insgesamt für den Stand der wirtschaftlichen Konvergenz im letzten Jahrzehnt nur noch geringe Veränderungen. Hohe Investitionen in den Neuaufbau der Unternehmenslandschaft und ein Bauboom führten bis 1996 zu sehr hohen

Wachstumsraten. Seit 1998 unterschreitet das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland jedoch in den meisten Jahren das westdeutsche Wachstum. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs durch Abwanderung und Geburtendefizit konnte noch eine geringfügige Annäherung des BIP je Einwohner erreicht werden. Das Nettoeinkommen der ostdeutschen Haushalte hat sich allerdings in den letzten 18 Jahren nicht mehr weiter an das westdeutsche Niveau angenähert, seit 2000 gab es sogar einen leichten relativen Rückgang.

Tabelle

Konvergenzprozess in Zahlen

Werte für Ostdeutschland in Prozent des westdeutschen Werts

	1991	1995	2000	2005	2013
Einwohner	25	23	23	22	21
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ¹⁾	33	59	60	66	67
Haushaltsnettoeinkommen	54	79	80	79	78 ²⁾
Arbeitskosten ¹⁾ : Entgelt je Arbeitnehmer	49	74	77	78	78
Produktivität ¹⁾ : reales BIP je Erwerbstätigen	42	65	69	78	76
Lohnstückkosten ¹⁾	119	114	112	101	102
Investitionen je Einwohner	66	149	110	77	75 ³⁾
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	62	106	97	64	73 ³⁾
Bauinvestitionen je Einwohner	70	176	122	98	76 ³⁾
Kapitalstock je Einwohner	38	50	64	71	77 ⁴⁾
Kapitalstock je Beschäftigten	40	56	73	82	87 ⁴⁾
Exportquote ¹⁾	52	40	56	63	67
FuE-Personalintensität ¹⁾	49	42	42 ⁵⁾	35 ⁶⁾	45 ³⁾
Patente je Einwohner ¹⁾	23	27	27	26	29 ²⁾
Erwerbsbeteiligung ¹⁾	96	92	88	87	88
Selbstständigenquote ¹⁾	50	72	84	96	106
Arbeitslosenquote ¹⁾	207	180	239	202	163
Unternehmensgründungen ⁷⁾	271	143	87	97	94
Unternehmensschließungen ⁷⁾	122	144	92	99	94
Schuldenstand der Länder je Einwohner	0	74	107	116	89

1) Ohne Berlin. 2) 2012. 3) 2011. 4) 2010. 5) 1999. 6) 2004. 7) Ab 2005: Ostdeutschland einschließlich Berlin. 8) Ohne Stadtstaaten.
 Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Bundesagentur für Arbeit; BMF; Creditreform; DIW; DPMA; ifo; SOEP, Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Arbeitskosten pendelten sich im Jahr 2013 bei 78 Prozent des westdeutschen Werts ein. Die Arbeitsproduktivität gemessen anhand der nominalen Wertschöpfung je Erwerbstätigen zeigte einen kontinuierlichen Anstieg bis zum aktuellen Rand, von 35 Prozent des

westdeutschen Niveaus 1991 auf 76 Prozent im Jahr 2013. Zuletzt fiel der Anstieg aber sehr schwach aus. Die Lohnstückkosten liegen weiterhin geringfügig über dem Westniveau. Die Einführung eines Mindestlohns wird 2015 für die ostdeutschen Lohnkosten zusätzlich treibend wirken, da hier ein weit größerer Anteil der Beschäftigten – rund 22 Prozent gegenüber 12 Prozent in den alten Ländern – betroffen sein wird (Lesch et al., 2014).

Im Gegensatz zu den meisten Kenngrößen haben sich die Exportquoten zuletzt weiter angenähert. Der Auslandsumsatzanteil des Verarbeitenden Gewerbes erreichte zwei Drittel des Westniveaus. Auch der Einsatz von Forschungs- und Entwicklungspersonal ist gewachsen. Er ist aber weiterhin weniger als halb so hoch wie im Westen. Im Wirtschaftssektor wird Forschung und Entwicklung (FuE) besonders intensiv von den großen Industriekonzernen betrieben, die in den ostdeutschen Ländern aber kaum vertreten sind. Deshalb wiesen sie 2012 nur einen Anteil von 8,1 Prozent am FuE-Aufwand der deutschen Wirtschaft auf (BMI, 2013, 26). Kleine und mittlere Unternehmen im Osten sind jedoch nicht weniger forschungsstark als ihre Pendanten im Westen (IW Köln et al., 2012). Sie nehmen auch intensiv die Forschungsförderung des Bundes aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) in Anspruch (Kulicke et al., 2006; Gorynia-Pfeffer/Möller, 2012). Gleichwohl dürfte die kleinbetriebliche Struktur die geringe Patenttätigkeit erklären. Hier gab es leichte Fortschritte auf 29 Prozent der westdeutschen Patentintensität.

Die ostdeutschen Länder wiesen zum Jahresende 2013 eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als das etwa gleich große Nordrhein-Westfalen auf. Die gesamten gemeinsamen Schulden beliefen sich in Ostdeutschland auf 127,4 Milliarden Euro. Fast die Hälfte der gesamten Schulden in Ostdeutschland entfällt allerdings auf Berlin. Die Verschuldungssituation der Flächenländer hat sich, nach einem Überschreiten des westdeutschen Pro-Kopf-Schuldenstands im Jahr 2005, inzwischen relativ gesehen deutlich verbessert. Dies ist vorwiegend auf die sächsischen Haushaltsüberschüsse zurückzuführen. Finanzpolitisch stehen die neuen Bundesländer aktuell gut da. Die Ostländer mit Berlin weisen für 2013 einen vorläufigen Haushaltsüberschuss von 3,5 Milliarden Euro auf, je Einwohner gerechnet sind dies 216 Euro. Die positive Haushaltslage ist jedoch allein durch den Länderfinanzausgleich und die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes für den Osten bedingt. Die Mehreinnahmen aus diesen Ausgleichssystemen gegenüber den selbst erwirtschafteten Steuereinnahmen lagen 2012 bei 16,5 Milliarden Euro oder bei gut 1.000 Euro pro Einwohner. Die Lage der ostdeutschen Länderhaushalte ist deshalb tatsächlich kritischer, als es derzeit den Anschein erweckt (Eck/Steinbrecher, 2014). Mit dem Abschmelzen der Solidarpaktmittel bis 2019 stehen die sechs Länder trotz der aktuellen Überschüsse vor großen Einsparungserfordernissen, um die Schuldenbremse einzuhalten.

Trotz des Aufbaus tragfähiger Wirtschaftsstrukturen etwa in industriellen Clustern und im Tourismussektor dürften die ostdeutschen Länder ab dem Jahr 2020 große Probleme haben, eine Bedienung ihrer Schulden aus eigener Steuerkraft leisten zu können. Eine Ausnahme bildet Sachsen, das aufgrund seiner seit den 1990er Jahren soliden Finanzpolitik kaum verschuldet ist. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Beitrag die Entwicklung der beiden Wachstumsfaktoren Arbeit und Kapital in Ostdeutschland dargestellt. Anschließend wird der Konvergenzprozess unter einem sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Blick analysiert.

Stärkerer Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland

Die ostdeutschen Länder mussten seit dem Jahr 1990 einen starken Bevölkerungsverlust verkraften. Abwanderung und Sterbefallüberschuss summieren sich für das vergangene Vierteljahrhundert auf 2 Millionen Personen. Besonders junge Menschen wanderten vorwiegend aus Arbeitsmarktgründen ab. Inzwischen ist die Abwanderung allerdings fast zum Erliegen gekommen. Sachsen und Brandenburg weisen seit 2011 sogar Wanderungsüberschüsse auf (Statistisches Bundesamt, 2014). Jedoch wirkt sich der Geburteneinbruch nach 1990 zunehmend gravierender aus. Die Erwerbsbevölkerung schrumpft in Ostdeutschland bereits seit mehreren Jahren (BMI, 2013, 96). Die in den Arbeitsmarkt eintretenden Jahrgänge sind kleiner als die durch Verrentung ausscheidenden Kohorten. Diese Differenz wird sich in den nächsten Jahren vergrößern, denn ab 2015 werden nochmals deutlich stärkere Jahrgänge aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Das künftige ostdeutsche Arbeitskräftepotenzial schrumpft weitaus schneller als das westdeutsche (BMI, 2013, 97). Daher dürfte die Anzahl der Erwerbspersonen im Osten bis zum Jahr 2025 im Vergleich zum Jahr 2010 um etwa 2 Millionen zurückgehen (Fuchs/Zika, 2010, 7). Die Einführung der Rente mit 67 kann diesen Effekt nicht kompensieren. Aktuell verschärft die Politik sogar die Problemlage durch die abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte.

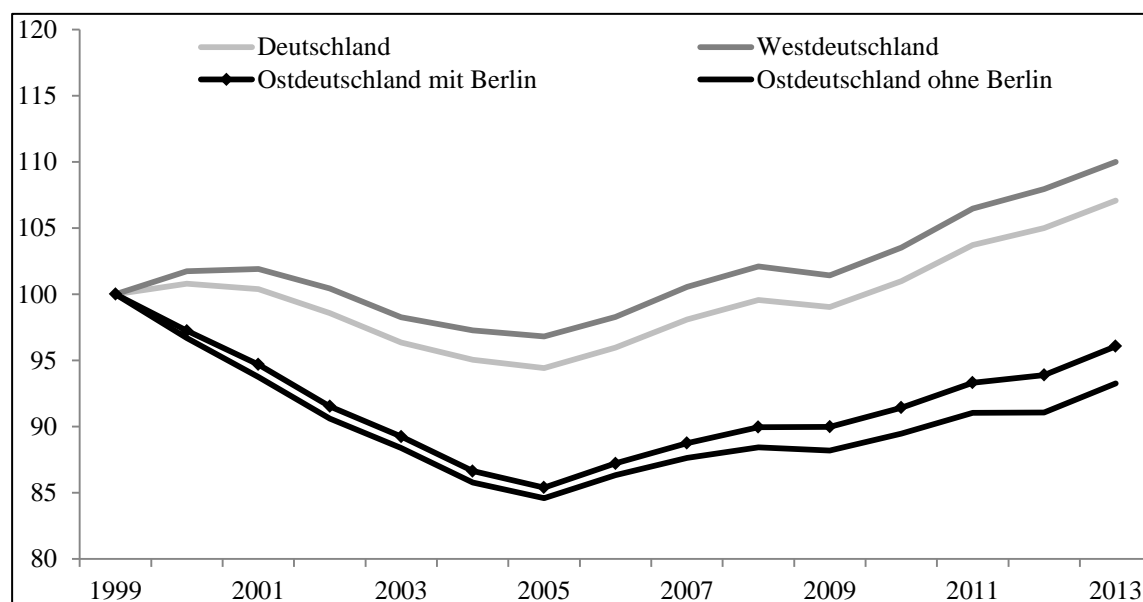
Die zuletzt positive Entwicklung der Wanderungen ist zwar erfreulich, kann aber den Bevölkerungsrückgang im Osten nicht stoppen. Das Geburtendefizit ist demografisch bedeutender als der Wanderungssaldo, der zudem größeren Schwankungen im Zeitverlauf unterliegt (Lowe/Nagl, 2011, 27). Das starke Bevölkerungswachstum Berlins und anderer Großstädte wie Dresden, Leipzig und Potsdam führt zu steigenden regionalen Disparitäten. Die Bevölkerung wird in den ostdeutschen Bundesländern außerhalb der wenigen Wachstumspole bis 2030 stark sinken – in peripheren Regionen bis zu 25 Prozent. Dagegen können in Westdeutschland das Umland der Großstädte und wirtschaftsstarke süddeutsche Regionen zuwanderungsbedingt noch mit Bevölkerungswachstum rechnen (Röhl, 2013a, 91).

Die schwachen Geburtenjahrgänge seit 1990 haben derzeit kaum Probleme, in Ostdeutschland Ausbildungsplätze und Arbeit zu finden. Gleichzeitig kommen verstärkt junge Menschen aus Westdeutschland und dem Ausland in die Ostländer, um dort an den Universitäten und Hochschulen zu studieren. Von den 20.269 sächsischen Studienanfängern des Jahres 2010 kamen bereits 57 Prozent aus anderen Bundesländern oder dem Ausland (Klemm/Klinger, 2012, 5). Ein Rückgang der Studierendenzahl aufgrund der schwächeren Abiturjahrgänge konnte so verhindert werden. Fachkräfte mit beruflicher Bildung, die durch eine geringere Mobilität als Akademiker gekennzeichnet sind, könnten jedoch eher knapp werden als Hochschulabsolventen.

Abbildung 1

Beschäftigungsentwicklung in Deutschland

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Index: 1999 = 100



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Seit 2005 positive Arbeitsmarktentwicklung

Die Beschäftigung hat sich seit 2005 in Deutschland insgesamt und auch in den ostdeutschen Ländern aufgrund der Reformen der Agenda 2010 und der insgesamt guten weltwirtschaftlichen Entwicklung sehr positiv entwickelt, nachdem sie seit der Jahrtausendwende zuvor stark gefallen war (Abbildung 1). Ohne Berücksichtigung von Berlin hat die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013 erst 93 Prozent des Niveaus von 1999 erreicht. Dieses Jahr wurde aufgrund der verfügbaren Daten von der Bundesagentur für Arbeit gewählt. Unter Einschluss der Hauptstadt mit ihrer besseren Beschäftigungsentwicklung konnte die Lücke zum Jahr 1999 bis auf 4 Prozentpunkte geschlossen werden. In den Westländern liegt das Beschäftigungsniveau dagegen um mehr als ein Zehntel höher

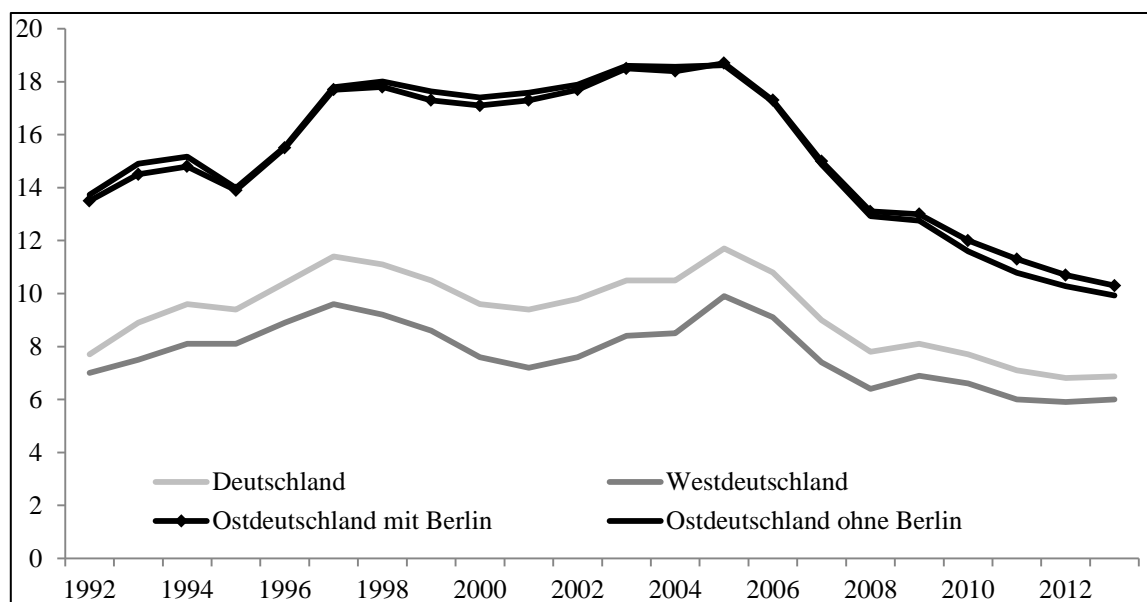
als 1999. Wird jedoch die Arbeitsmarktwende von 2005 als Basis genommen, dann konnte die Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland einschließlich Berlin nahezu mit Westdeutschland mithalten.

Berlin weist im Zeitraum 2005 bis 2013 das stärkste Beschäftigungswachstum aller Bundesländer auf. Seitdem ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 21,2 Prozent gewachsen, bundesweit lag der Zuwachs bei 13,4 Prozent. Auch bei der Erwerbstätigenzahl lag Berlin mit einem Plus von 15,1 Prozent auf 1,79 Millionen im gleichen Zeitraum an der Spitze. Im Gegensatz zu den ostdeutschen Flächenländern gibt es eine starke Zuwanderung in die Hauptstadt von zuletzt per saldo fast 50.000 Personen im Jahr. Berlin gehört damit zu den am schnellsten wachsenden deutschen Metropolen (Röhl, 2013a). Angesichts der Zuwanderung führte der Boom am Arbeitsmarkt nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosigkeit: Berlin verzeichnet noch immer die höchste Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Gleichwohl stellt hier der Rückgang von 19 Prozent im Jahr 2004 auf 11,7 Prozent im Jahr 2013 eine kräftige Verbesserung dar.

Abbildung 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten in Prozent



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In den letzten Jahren war die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland stark rückläufig. Im Jahr 2013 waren 9,9 Prozent – einschließlich Berlin 10,3 Prozent – der Ostdeutschen und 6,0 Prozent der Westdeutschen arbeitslos. Abbildung 2 zeigt den Verlauf der Arbeitslosen-

quoten in Deutschland im Zeitraum 1992 bis 2013. Auffällig ist der starke Rückgang ab 2005, der in Ostdeutschland noch kräftiger ausfiel als in Westdeutschland. Dieser ist vor allem auf ein bereits schrumpfendes Arbeitsangebot durch die ungünstige demografische Entwicklung zurückzuführen.

Kapitalstock und Investitionen

Der Kapitalstock und die ihn bildenden Investitionen sind weitere Triebfedern für die wirtschaftliche Entwicklung. Während die Investitionen im ersten Jahrzehnt nach der Wende auf oder über dem westdeutschen Pro-Kopf-Niveau lagen, fielen sie zuletzt geringer aus. Im Jahr 2011 lagen die Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen um ein Viertel unter dem westdeutschen Wert, die Ausrüstungsinvestitionen erreichten nur 73 Prozent (Tabelle). Insgesamt gesehen haben die Ostländer in den letzten 25 Jahren bei der Kapitalausstattung aber stark aufgeholt, der Kapitalstock je Beschäftigten ist mittlerweile auf 87 Prozent des westdeutschen Niveaus angewachsen. Es gibt jedoch eine Kehrseite: Die Kapitalproduktivität ist mit dem Aufbau des Kapitalstocks in den letzten Jahren in Relation zum westdeutschen Wert kontinuierlich zurückgegangen (IW Köln et al., 2012). Obwohl die Investitionsförderung einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe geleistet hat (Demary/Röhl, 2009), erreichen die neuen Anlagen auf Basis nominaler Werte nicht die hohe westdeutsche Produktivität. Hierfür können die folgenden Gründe angeführt werden:

- Die Produktivität der westdeutschen Wirtschaft ist in den letzten zwei Jahrzehnten stark angestiegen. Die der globalen Konkurrenz stark ausgesetzte westdeutsche Industrie verbesserte ihre Prozesse kontinuierlich. Die im Durchschnitt kleineren Ost-Betriebe blieben bei den Prozessinnovationen ein Stück zurück und sie haben eine geringere Produktivität (IW Köln et al., 2012).
- Im Osten des Landes sind hochproduktive und wissensintensive Branchen deutlich schwächer vertreten als in Westdeutschland (Röhl, 2009, 74). Zudem fehlen wertschöpfungsstarke Headquarterfunktionen großer Unternehmen (Blum, 2007).
- Die Investitionsförderung hat teilweise zum Aufbau von Anlagen „auf Zuwachs“ geführt, vor allem bei Fabrikhallen. Viele ostdeutsche kleine und mittelgroße Unternehmen müssen möglicherweise erst weiter wachsen, um ihre Fertigungsmöglichkeiten voll ausschöpfen zu können.
- Im Vergleich mit den etablierten westdeutschen Unternehmen mussten die Ost-Unternehmen niedrigere Absatzpreise in Kauf nehmen (Ragnitz, 2001, 186). Der Rückstand reduziert die nominale Wertschöpfung, sollte aber mit der Marktetablierung graduell schwinden.

Industrielle Cluster

Besonders erfolgversprechend und beschäftigungswirksam sind Investitionen, die zur Schaffung von Clustern beitragen. Zu den Zielen der Wirtschaftsförderung im Aufbau Ost gehörten daher der Erhalt und die gezielte Förderung industrieller Branchencluster (Röhl, 2009). Diese Ballungen von Unternehmen eines Wirtschaftszweigs und weiterer, in der Wertschöpfungskette verbundener Zweige, die als Triebfedern einer regionalisierten Industrieentwicklung und als Abwehrschild gegen die „Fliehkräfte der Globalisierung“ gelten (Lichtblau et al., 2005), sind durch die Arbeiten von Porter (1998; 2000) in den Fokus der Wissenschaft gelangt (Röhl, 2013b).

Die Bilanz dieser Politik mit Blick auf Ostdeutschland ist allerdings zwiespältig:

- Eine Erfolgsgeschichte ist der Aufbau der Automobilindustrie in den ostdeutschen Ländern, deren Cluster in Sachsen und Thüringen mit Zulieferern auch in die anderen Ostländer ausstrahlen. Dies ist jedoch überwiegend dem Erfolg der westdeutschen Autokonzerne geschuldet.
- Mit hohen Investitionen wurde die Chemieindustrie im südlichen Sachsen-Anhalt erhalten und modernisiert. Sie zählt heute zu den produktivsten Branchen im Osten.
- Im relativ industriearmen Brandenburg hat sich ein Cluster der Luftfahrtindustrie mit 7.000 Beschäftigten entwickelt.
- Erhebliche Investitionshilfen flossen in die Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern, die jedoch bis heute immer wieder neue Krisen durchlief und von staatlicher Seite subventioniert werden musste.
- Der durch die hohen Subventionen für die Photovoltaik-Installation im Rahmen des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) getriebene Aufbau der ostdeutschen Solarindustrie (Röhl, 2009, 77 f.), kann nicht als Erfolg gewertet werden (Graf/Ismar, 2013). Seitdem Überkapazitäten zu einem Preisverfall führten und chinesische Anbieter den Weltmarkt dominieren, gingen zahlreiche Arbeitsplätze in der noch jungen Branche wieder verloren.

Die Dominanz westdeutscher Cluster in den wichtigen Industriezweigen der Metall- und Elektroindustrie sowie der Chemie- und Pharmaindustrie ist aber weiter sehr groß (Röhl, 2013b). Ostdeutsche Branchencluster sind oft als Satelliten dieser dominierenden Westcluster strukturiert, sodass die Bewertung „verlängerter Werkbänke“ nicht ganz von der Hand zu weisen ist (Blum et al., 2010, 11; Paqué, 2010, 10).

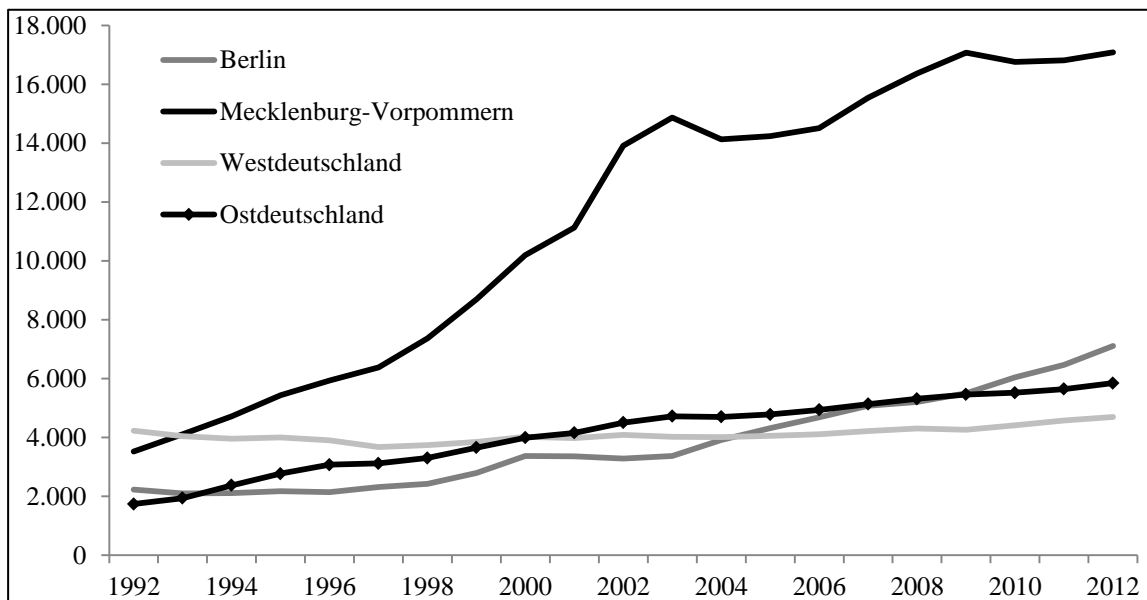
Wachstumssektor Tourismus

Eine eigenständige regionale Entwicklung ermöglichen hingegen die Cluster der Tourismuswirtschaft, vor allem an der Ostseeküste und in Berlin. Der Fremdenverkehr hat sich in den ostdeutschen Bundesländern seit 1990 sehr gut entwickelt, wobei gerade in den wachstumsschwachen Jahren seit der Jahrtausendwende das touristische Angebot ausgebaut und die Anzahl der Gästekünfte und Übernachtungen erheblich gesteigert wurden. Abbildung 3 verdeutlicht, wie günstig sich der Tourismus in den ostdeutschen Ländern und hier speziell in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin entwickelt hat. Die Tourismusintensität gemessen anhand der Anzahl der Gästeübernachtungen je 1.000 Einwohner zeigt für Ostdeutschland eine stärkere Zunahme als für Westdeutschland. Während die westdeutschen Länder (ohne Berlin) 1992 mit 4.227 Übernachtungen je 1.000 Einwohner deutlich vor den ostdeutschen Ländern (ohne Berlin) mit nur 1.732 Übernachtungen lagen, konnte der Osten im Jahr 2001 den Westen überholen. Seitdem hat sich der Fremdenverkehr im Osten stärker fortentwickelt. Im Jahr 2013 lag die Anzahl der Übernachtungen bei 5.843 pro 1.000 Einwohner, während sie im Westen mit 4.690 nur leicht höher ausfiel als 1992.

Abbildung 3

Tourismusintensität in Deutschland

Anzahl der Gästeübernachtungen je 1.000 Einwohner



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Berlin hat sich mit inzwischen über 7.100 Übernachtungen je 1.000 Einwohner zum Zentrum des Städtetourismus entwickelt und liegt im europäischen Vergleich auf Rang 3 hinter London und Paris. Die übrigen Ost-Bundesländer konnten, angeführt von Brandenburg und Sachsen, zwar ebenfalls einen starken Anstieg der Übernachtungszahlen verbuchen, lagen

aber 2012 noch unter dem westdeutschen Durchschnitt. Zu den touristischen Highlights zählen die Ostseeküste mit den Inseln Rügen und Usedom sowie die mecklenburgische Seenplatte. Auf 1.000 Einwohner kamen zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern über 17.000 Gästeübernachtungen. Auch die Sächsische Schweiz und das Erzgebirge sowie die Städte Dresden, Leipzig, Erfurt und Görlitz mit ihren attraktiv sanierten Altstadtkernen sind wichtige Tourismuszentren.

Wachstumsmetropole Berlin

Aufgrund seiner Größe und Funktion als Regierungssitz und bedeutende Metropole kommt Berlin eine besondere Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland zu. Bedingt durch die Kriegsfolgen und die deutsche Teilung ist Berlin für seine Hauptstadtfunktion im internationalen Vergleich wirtschaftsschwach: Das nominale BIP je Einwohner lag 2013 mit 30.642 Euro um 8 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist die deutsche Hauptstadt nicht Sitz vieler Großunternehmen. Hier ist kein Dax-Konzern und mit der Deutschen Bahn nur ein großes Bundesunternehmen beheimatet. Von den 50 M-Dax-Unternehmen sind nur zwei in der Hauptstadt ansässig. Allerdings besitzt Berlin eine bedeutende Gründerszene, die zunehmend auch Unternehmen im Hochtechnologiebereich hervorbringt (Röhl, 2014). Knapp die Hälfte der inländischen Wagniskapitalinvestitionen in der Informations-, Kommunikations- und Internetwirtschaft kann Berlin auf sich vereinen (Röhl, 2014). Langfristig bilden Gründungen im Hochtechnologiebereich die beste Chance auf hochproduktive Unternehmen in der Region, die auch die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung erhöhen. Mit über 37.500 Beschäftigten in den Bereichen der digitalen Wirtschaft lag Berlin 2012 zwar bezogen auf die Beschäftigungsintensität (2,8 Prozent) auf dem letzten Platz der neun größten Ballungszentren dieses Sektors in Deutschland. Das Wachstum seit 2008 war jedoch mit 49 Prozent am höchsten (Investitionsbank Berlin, 2013). Die Dynamik in der Hauptstadtregion hat sich zuletzt weiter beschleunigt, allein 2012 fanden hier 469 Neugründungen in der digitalen Wirtschaft statt (Investitionsbank Berlin, 2013). Im übrigen Bundesgebiet konnte nur München mithalten. Hochinnovative Start-ups besitzen ein überdurchschnittliches Wachstumspotenzial und verursachen oft weitere Gründungen in anderen Branchen. Berlin wächst damit zunehmend in seine Rolle als Wirtschaftszentrum der neuen Länder hinein, von dem positive Ausstrahlungseffekte nach Brandenburg und in die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt ausgehen.

Aufholen der Industrie

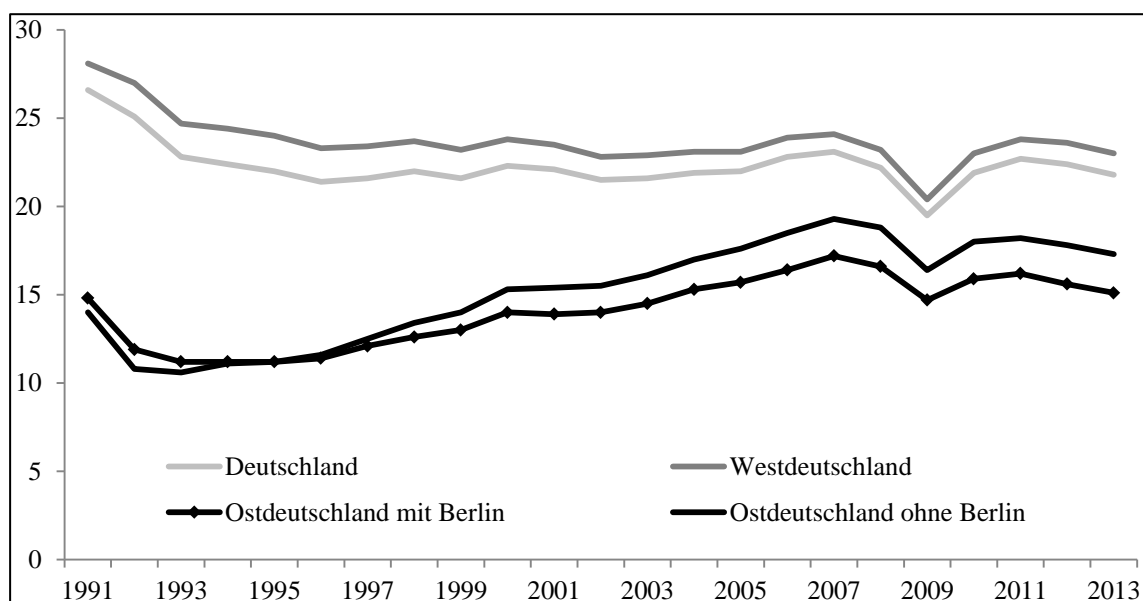
Die Sektoralstruktur der ostdeutschen Länder hat sich in den vergangenen 25 Jahren der westdeutschen angeglichen – auch in der Stagnationsphase ab dem Jahr 2000. Allerdings bleiben markante Unterschiede bestehen: Hierzu zählt die starke Stellung des Landwirt-

schaftssektors, die auch der im Vergleich zu Westdeutschland weit geringeren Bevölkerungsdichte geschuldet ist: Je Einwohner steht fast doppelt so viel landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung. Der Bausektor hat trotz der Schrumpfung seit dem Bauboom der 1990er Jahre weiterhin ein Gewicht in der gesamten Bruttowertschöpfung, das um die Hälfte höher ist als in Westdeutschland.

Abbildung 4

Angleichung der Industrieanteile

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, in Prozent



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Verarbeitende Gewerbe konnte seinen Wertschöpfungsanteil deutlich erhöhen. Dieser lag im Jahr 2013 mit 15,1 Prozent aber deutlich unter dem westdeutschen Wert in Höhe von 23 Prozent (Abbildung 4). In den Ost-Flächenländern lag der Anteil bei 17,3 Prozent. In Berlin war der Industrieanteil mit 9,1 Prozent deutlich geringer, sodass sich durch die Einbeziehung der Hauptstadt der Anteil für Ostdeutschland merklich reduzierte. Regional war die Industrie vor allem in der Südhälfte der ostdeutschen Länder stark – in Sachsen, Thüringen und im südlichen Sachsen-Anhalt. Brandenburg und vor allem Mecklenburg-Vorpommern sind relativ wenig industrialisiert.

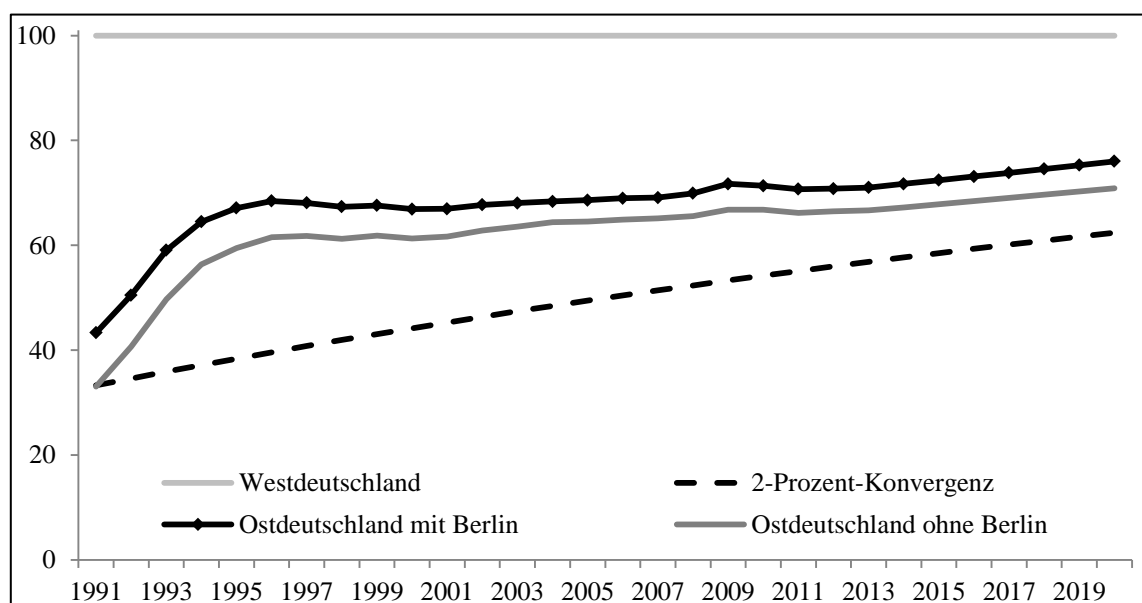
Während sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland nach 1995 abschwächte, entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe weiterhin gut. Die industrielle Angleichung machte deutliche Fortschritte. Nach den Daten der VGR der Länder wurde im Jahr 2007 in Ostdeutschland (ohne Berlin) ein Nachwende-Höchststand für den Anteil des

Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 19,3 Prozent erreicht. Der starke krisenbedingte Einbruch der Industrie 2009 konnte inzwischen in der absoluten Betrachtung ausgeglichen werden, ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung ist aufgrund des im Betrachtungszeitraum höheren Wachstums des Dienstleistungssektors aber seit 2012 rückläufig. Während sich der Industrieanteil Ostdeutschlands bis 2009 kontinuierlich an den westdeutschen annäherte, vergrößert sich seitdem der Rückstand mit der stärkeren Erholung der westdeutschen Industrie etwas.

Abbildung 5

Konvergenz von Ost- und Westdeutschland

Entwicklung des nominalen BIP je Einwohner in Ostdeutschland; Index: Westdeutsche Bundesländer = 100



Quellen: VGR der Länder; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verhaltende gesamtwirtschaftliche Konvergenz

Abbildung 5 zeigt die Konvergenzfortschritte der ostdeutschen Bundesländer gemessen an der Wirtschaftskraft je Einwohner. Dabei wird der ebenfalls ansteigende westdeutsche Vergleichswert gleich 100 gesetzt. Die gestrichelte Linie zeigt den Verlauf der sogenannten Barro-Konvergenz. Barro (1994) stellt in empirischen Analysen eine durchschnittlich 2-prozentige Verringerung des wirtschaftlichen Abstands zweier Regionen mit unterschiedlich hohem Entwicklungsstand in der Ausgangssituation pro Jahr fest. Dies setzt voraus, dass die Barrieren für Güter, Arbeitskräfte und Kapital zwischen den Regionen beseitigt werden. Mit Blick auf die Konvergenz von Ost- und Westdeutschland war das Angleichungstempo über den gesamten Zeitraum von 25 Jahren höher, als es die 2-Prozent-Regel erwarten ließe. Dies ist jedoch ausschließlich durch die Phase bis 1997 bedingt. Direkt

nach der Vereinigung im Herbst 1990 lagen viele Produktionskapazitäten der ehemaligen DDR brach, die Produkte der Kombinate waren nach Einführung der D-Mark unverkäuflich. Die Umstellung der Fertigung auf marktfähige Waren und hohe Investitionen im Rahmen der Privatisierung führten Anfang der 1990er Jahre zu hohen Wachstumsraten, die Mitte des Jahrzehnts ausliefen. Auch der anfängliche Bauboom endete bereits im Jahr 1996, als abwanderungsbedingt Leerstände auf dem Wohnungsmarkt evident wurden und bei Gewerbeimmobilien eine Marktsättigung eintrat. Die gesamtwirtschaftliche Angleichung an das Niveau der schwächeren West-Flächenländer geriet ins Stocken. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt das Konvergenztempo deutlich unter der Barro-Rate. Ab 2002 beschleunigte sich die Konvergenz wieder etwas, kam zuletzt aber erneut zum Stillstand. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe:

1. Der statistische Effekt der Umstellung auf die Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008. Während die ostdeutschen Flächenländer Abwärtsrevisionen ihrer Wirtschaftsleistung hinnehmen mussten, zeigten sich bei den Stadtstaaten mit ihren unternehmensorientierten Diensten und den westdeutschen Flächenländern mit städtischen Ballungszentren Aufwärtsrevisionen. Vor der Revision war der Konvergenzprozess für Ostdeutschland ohne Berlin schneller als mit der Hauptstadt verlaufen, seit der Datenrevision zeigt sich kein Vorsprung mehr. Insgesamt haben die regionalen Differenzen bei der Wirtschaftskraft mit der Revision der Statistik zugenommen.
2. Zwischen Ost und West gab es unterschiedliche Verläufe des Aufschwungs nach dem Einbruch im Jahr 2009. Die Krise mit ihrem gravierenden Einschnitt im Verarbeitenden Gewerbe brachte für die ostdeutschen Länder zunächst eine weitere Angleichung an das Westniveau, da ihr Industrieanteil geringer ist und sie eine niedrigere Exportquote aufweist. In den industriestarken Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern war der Einbruch besonders stark. Im Aufschwung profitierten die Länder mit hohem Industriebesatz dann in einem höheren Maß, sodass Ostdeutschland seit 2010 ein geringeres Wachstum aufwies.

Für den weiteren Verlauf des Konvergenzprozesses bis 2020 wurde in Abbildung 5 ein Einschwenken auf den 2-Prozent-Konvergenzpfad unterstellt. Dies gilt angesichts der aktuell stockenden Angleichung als ambitioniert. Das bereits rückläufige Erwerbspersonenpotenzial in den Ost-Flächenländern spricht auch gegen ein höheres Wachstum im Osten.

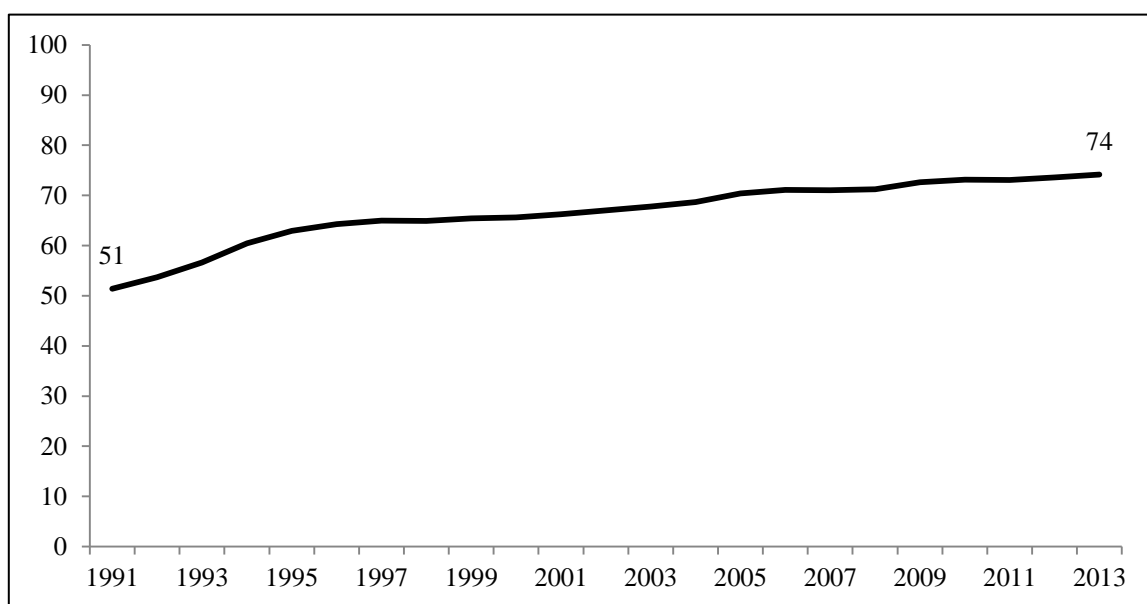
Infolge der Revision der VGR-Daten vom September 2014 dürfte es erneut zu einer statistischen Ausweitung der Lücke zwischen Ost- und Westdeutschland kommen. Denn Forschung und Entwicklung (FuE) gelten im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) als Investitionen. Im Durchschnitt der Jahre

1991 bis 2013 liegt das nominale BIP in Deutschland um 2,7 Prozent über dem Wert vor der Revision. Gleichwohl ergeben sich keine Unterschiede bei den Wachstumsraten des nominalen und realen BIP. Angesichts der doppelt so hohen FuE-Ausgaben je Einwohner in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland dürfte insgesamt der Abstand des Ostniveaus zum Westniveau wie schon bei der Umstellung auf die WZ 2008 um 1 bis 2 Prozentpunkte ansteigen (Lehmann/Ragnitz, 2014).

Abbildung 6

IW-Einheitsindex

Konvergenzindex auf Basis verschiedener Kennzahlen¹⁾; Westdeutschland = 100



1) Der Index umfasst für Ost- und Westdeutschland (jeweils ohne Berlin) Daten zur gesamten Wirtschaftsleistung, zur Produktivität (nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen), zum Kapitalstock je Einwohner, zum Anteil des FuE-Personals an den Erwerbstätigen, zur Erwerbsbeteiligung, zur Selbstständigenquote und zur Arbeitslosigkeit.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Stiftung Wissenschaftsstatistik; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Konvergenz anhand des IW-Einheitsindexes

Für eine umfassende Beurteilung des Konvergenzerfolgs ist die Angleichung des BIP je Einwohner ein enges Maß. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein aus sieben Einzelkriterien zusammengesetzter und gleichgewichteter Einheitsindex vorgestellt. Dieser soll ein umfassendes Bild des erreichten Stands des Aufbaus Ost wiedergeben. Berücksichtigt werden neben der gesamten Wirtschaftsleistung je Einwohner als Ausdruck des Wohlstandsniveaus die Produktivität (nominale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) als Abbild der Wirtschaftsstärke, der Kapitalstock je Einwohner als Indikator für die Kapitalausstattung, der Anteil des FuE-Personals an den Erwerbstätigen als Spiegelbild des Technischen Fortschritts, sowie die Erwerbsbeteiligung, die Arbeitslosigkeit und die Selbstständigenquote als Indikatoren für den Angleichungsstand beim Einsatz des Faktors Arbeit und

beim Aufbau einer mittelständischen Unternehmenslandschaft. Es findet jeweils eine Normierung statt, wobei der Wert für die westdeutschen Länder gleich 100 gesetzt wird.

Auch auf Basis des IW-Einheitsindex zeigt sich eine schnelle Angleichung bis 1996, die dann bis 2000 in eine Stagnation übergeht (Abbildung 6). Nach dem Jahr 2000 hat sich der Index jedoch wieder positiv entwickelt und er stieg zuletzt auf knapp drei Viertel des westdeutschen Durchschnitts für die sieben enthaltenen Variablen an. Wird der Konvergenzbegriff nicht allein auf die Wirtschaftsleistung je Einwohner eingeengt, dann sind kontinuierliche, aber auch langsame Konvergenzfortschritte zu verzeichnen.

Ausblick

Der Solidarpakt mit seinen Sonderzuweisungen des Bundes an die ostdeutschen Länder läuft 2019 aus, was erhebliche Einbußen für deren Länderhaushalte mit sich bringt. Auch für den Länderfinanzausgleich muss bis zu diesem Zeitpunkt eine Regelung für das kommende Jahrzehnt gefunden werden. Für die Regionalpolitik in Deutschland steht ebenfalls eine Neuausrichtung an. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) ist seit 45 Jahren das Kernstück der Regionalpolitik in Deutschland, mit dem zunächst strukturschwache, meist ländliche Regionen in der alten Bundesrepublik und seit der deutschen Wiedervereinigung flächendeckend Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern gefördert wurden. Seit den 1990er Jahren wurde die GRW mit einem Anteil der vergebenen Mittel von rund 90 Prozent (unter Einschluss von Strukturmitteln der EU) zu einem auf Ostdeutschland fokussierten Instrument. Im Zentrum der Förderziele stand dabei immer die Schaffung von Arbeitsplätzen aufgrund der Arbeitsmarktschwäche strukturschwacher Regionen. Inzwischen ist die Unterbeschäftigung in fast allen Regionen stark rückläufig. Vielmehr steuert Ostdeutschland demografiebedingt auf einen Fachkräftemangel zu. Die deutsche Raumstruktur ist zudem durch starke Konzentrations- und Schrumpfungsprozesse geprägt, die Ballungszentren begünstigen und die Peripherie weiter entleeren. Ein zukünftiges System der Regionalförderung muss auf die hier skizzierten Prozesse Antworten finden und sich möglicherweise weniger auf die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren, wenn qualifizierte Kräfte deutschlandweit knapp werden. Im Fokus könnten dann zum Beispiel Fortbildung und Qualifizierung, Innovationen sowie Investitionen in arbeitssparende Technologien stehen, die die Produktivität in wirtschaftlich schwächeren Regionen erhöhen.

Der Rückgang der Bevölkerung ist in den meisten ostdeutschen Regionen schon eine Tatsache. Inzwischen schrumpft auch das Erwerbspersonenpotenzial spürbar. Maßnahmen zur Stärkung des Humankapitals stellen neben der Förderung von Forschung und Entwicklung

die entscheidenden Wachstumstreiber, um in Ostdeutschland ein Durchschlagen der negativen Demografie auf das Wachstum zu verhindern. Die in Ostdeutschland dominierenden mittelständischen Unternehmen müssen innovativer werden und Wachstumspotenziale in Westdeutschland und im Ausland nutzen, um sich der Bevölkerungs- und Nachfrageschrumpfung entziehen zu können. Darüber hinaus gilt es, die ostdeutschen Länder für Zuwanderer attraktiver zu machen. Die verstärkte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, die Deutschland seit gut drei Jahren verzeichnet, kommt bislang kaum den ostdeutschen Flächenländern zugute, da sie sich auf die wirtschaftsstarken westdeutschen Zentren und Berlin richtet (Meier, 2013; Röhl, 2013a). Angesichts bestehender kultureller Hürden, die in der früheren DDR besonders ausgeprägt zu sein schienen, wird es auch bei wachsender Arbeitskräfteknappheit nicht einfach sein, mehr Zuwanderer für den ostdeutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen (Alichniewicz et al., 2014).

Literatur

Alichniewicz, Justina / Geis, Wido / Nintcheu, J. Michaelle, 2014, Willkommenskultur – Wie Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver werden kann, IW Positionen, Nr. 65, Köln

Barro, Robert J., 1994, Economic Growth and Convergence, International Center for Economic Growth, Occasional Paper, Nr. 46, San Francisco

Blum, Ulrich, 2007, Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen, in: *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 6, S. 187–194

Blum, Ulrich / Buscher, Herbert S. / Gabrisch, Hubert / Günther, Jutta / Heimpold, Gerhard / Lang, Cornelia / Ludwig, Udo / Rosenfeld, Martin T. W. / Schneider, Lutz, 2010, Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. 2. Aufl., Halle (Saale)

BMI – Bundesministerium des Innern, 2013, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2013, Berlin

Demary, Markus / Röhl, Klaus-Heiner, 2009, 20 Years after the Fall of the Berlin Wall: Structural Convergence in a Slow-Growth Environment, in: *Applied Economics Quarterly Supplement*, Nr. 60, S. 9–28

Eck, Alexander / Steinbrecher, Johannes, 2014, Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Erneut höhere Einnahmen im Ausgangsjahr, in: *ifo Dresden berichtet*, Nr. 1, S. 33–35

Fuchs, Johann / Zika, Gerd, 2010, Arbeitsmarktbilanz bis 2025 – Demografie gibt die Richtung vor, IAB Kurzbericht, Nr. 12, Nürnberg

Gorynia-Pfeffer, Natalia / Möller, Wolfgang, 2012, Wirtschaftliche Wirksamkeit der Förderprogramme PRO INNO und INNO-WATT, Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V., Eschborn, <http://www.zim-bmwi.de/download/studien-berichte-expertisen/wirtschaftliche-wirksamkeit-der-foerderprogramme-pro-inn-und-inno-watt.pdf> [22.5.2014]

Graf, Annika / Ismar, Georg, 2013, Deutsche Solarbranche kämpft gegen den Untergang, heise online, <http://www.heise.de/newsletter/meldung/Deutsche-Solarbranche-kaempft-gegen-den-Untergang-1830470.html> [5.8.2014]

Investitionsbank Berlin, 2013, Berlin aktuell: Digitale Wirtschaft – Standortanalyse im Städtevergleich, http://www.ibb.de/PortalData/1/Resources/content/download/newsletter/berlin_aktuell/Berlinaktuell_Digitale_Wirtschaft.pdf [1.8.2013]

IW Köln / IW Consult / Imreg, 2012, Neuausrichtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) im Freistaat Sachsen, Endbericht, mimeo

Klemm, Felicitas / Klinger, Alrun, 2012, Attraktivität des sächsischen Hochschulstandortes gemessen an der Herkunft der Studienanfänger, Statistik in Sachsen, Nr. 1, S. 4–8

Kulicke, Marianne / Bühner, Susanne / Ruhland, Sascha, 2006, Begleitende Evaluierung des Anlaufs von PRO INNO II – Programm zur Förderung der Erhöhung der Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen, Bericht zu Modul 3, unveröffentlichte Vorabversion, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe

Lehmann, Robert / Ragnitz, Joachim, 2014, Ostdeutschland wird statistisch „reicher“, aber der Westen noch mehr!, in: ifo Dresden berichtet, Nr. 2, S. 3–5

Lesch Hagen / Mayer Alexander / Schmid Lisa, 2014, Das deutsche Mindestlohngesetz – Eine erste ökonomische Bewertung, IW policy paper, Nr. 4, Köln

Lichtblau, Karl / Neligan, Adriana / Richter, Iris, 2005, Erfolgsfaktoren von M+E-Clustern in Deutschland, in: IW-Trends, 32. Jg., Nr. 2, S. 31–44

Lowe, Dorothea / Nagl, Wolfgang, 2011, Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsströme von 1991 bis 2008 für Ostdeutschland und Sachsen, in: ifo Dresden berichtet, Nr. 2, S. 27–31

Meier, Carsten-Patrick, 2013, Deutlicher Anstieg der Nettozuwanderung nach Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 7, S. 466–470

Paqué, Karl-Heinz, 2010, Wo stehen Ostdeutschland und Mitteleuropa heute? Bemerkungen zu Messung und Vergleich der Produktivität, <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshops/20100311/presentationen/paque.pdf> [4.8.2014]

Porter, Michael E., 1998, Location, Clusters, and the „New“ Microeconomics of Competition, in: Business Economics, Januar, S. 7–13

Porter, Michael E., 2000, Locations, Clusters, and Company Strategy, in: Clark, Gordon L. / Feldman, Maryann P. / Gertler, Meric S. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Economic Geography, Oxford, S. 253–274

Ragnitz, Joachim, 2001, Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: Eine zusammenfassende Bewertung, in: Wirtschaft im Wandel, Nr. 7–8, S. 181–189

Röhl, Klaus-Heiner, 2009, Strukturelle Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft, in: IW-Trends, 36. Jg., Nr. 1, S. 67–81

Röhl, Klaus-Heiner, 2013a, Konzentrations- und Schrumpfungsprozesse in deutschen Regionen und Großstädten bis 2030, in: IW-Trends, 40. Jg., Nr. 4, S. 81–97

Röhl, Klaus-Heiner, 2013b, Industriecluster in Europa, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa, IW-Analysen, Nr. 88, S. 69–88

Röhl, Klaus-Heiner, 2014, Venture Capital – Ein neuer Anlauf zur Erleichterung von Wagniskapitalfinanzierungen, IW policy paper, Nr. 6, Köln

Statistisches Bundesamt, 2014, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen, Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden

25 Years after the Fall of the Berlin Wall: A Balance and the Remaining Challenges

The rebuilding of eastern Germany seems to have been largely completed. The IW Unity Index, comprising seven indicators of the east-west catching-up process, documents continuous if slow progress. The infrastructure of the six new eastern states is now well developed and their unemployment rate is down to single digits and still falling. The state of the economic structure in the east is now closer to that of its western counterpart, with manufacturing contributing over 17 per cent to gross value added. However, although investment subsidies have boosted economic performance, the productivity of the capital invested and of labour lag persistently behind western German levels. Per capita economic output remains less than 70 per cent of the figure for western German and the convergence process has almost stalled. There is a lack of large companies, corporate headquarters and economically vibrant conurbations.